

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:
V/0112/2013
Auskunft erteilt: Herr Winter
Ruf: 492 20 30
E-Mail: WinterF@stadt-muenster.de
Datum: 20.02.2013

Betrifft

1. Antrag der CDU-Fraktion Nr. A-R/0050 vom 26.11.2012 "Träger stärken - transparente Leistungsvereinbarungen treffen"
2. Antrag der Ratsgruppe UWG/ÖDP Nr. A-R/0052/2012 vom 30.11.2012 "Einführung einer Zuschussbudgetierung / Fachbereichsbudgets"

Beratungsfolge

13.03.2013 Hauptausschuss

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die als Anlage beigefügten Anträge zusammen mit den bereits vorliegenden Anträgen und Anregungen zum Zuschusswesen insgesamt zu prüfen. Für die zuständigen politischen Gremien soll ein Zwischenbericht erarbeitet werden, in dem mögliche Umsetzungsmodalitäten dargestellt und die hierdurch verursachten zusätzlichen Aufwendungen und ggf. Einsparungen beziffert werden.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Prüfung der Anträge und die Darstellung von Umsetzungsmodalitäten wird Personal- und Sachkosten in Höhe von ca. 10.000 € verursachen, die aus dem vorhandenen Budget getragen werden. Die konkrete Entwicklung und Einführung von neuen Verfahren wird voraussichtlich einmaligen zusätzlichen Aufwand verursachen und ggf. zu höherem laufenden Aufwand gegenüber der derzeitigen Handhabung führen.

Begründung:

Zum Bereich Zuschusswesen werden zurzeit aus verschiedenen Perspektiven Vorschläge bzw. Anträge an die Verwaltung herangetragen. Es liegen drei Vorschläge aus dem Verfahren des Bürgerhaushaltes 2012 (Nr. 243, 254 und 304) und drei Anträge aus dem Rat (neben den Anträgen dieser Vorlage auch der Antrag von UWG/ÖDP und Piraten Nr. A-R/0011/2012) zu diesem Themenkomplex vor. Darin werden folgende Punkte angesprochen:

- Regelmäßige Überprüfung der städtischen Zuschüsse (z.B. Zuschussgrundlage)
- Verbesserte Kriterien für Trägerzuschüsse (z.B. Rechenschaftsberichte)
- Mehrfachförderung prüfen und beenden
- Zeitliche Befristung der Zuschusszahlungen
- Transparente Leistungsvereinbarungen schaffen
- Zuschussbudgetierung / Fachbereichsbudgets

Darüber hinaus ist es aus Sicht der Verwaltung konsequent, wenn im Rahmen des Handlungsprogramms für eine nachhaltige Haushaltspolitik das Zuschusswesen insgesamt einer kritischen Überprüfung unterzogen wird.

Für einen Zwischenbericht wird die Verwaltung daher zunächst eine Aufbereitung des Gesamtzusammenhangs erstellen und darauf aufbauend konkrete Maßnahmen zur Reform des städtischen Zuschusswesens erarbeiten und den politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Die Erarbeitung der unterschiedlichen Aspekte, die im Zwischenbericht dargestellt werden sollen, verursacht Personal- und Sachkosten in Höhe von 10.000 Euro, die aus dem vorhandenen Budget getragen werden.

I. V.

gez. Reinkemeier
Stadtkämmerer

Anlagen